

Charta für einen menschlichen und sozialen Aargau

Die Würde, die Integrität und das Selbstbestimmungsrecht aller im Kanton Aargau lebenden Menschen sind unantastbar. Auf der Grundlage der Bundesverfassung, der Kantonsverfassung und der Europäischen Menschenrechtskonvention unterstützt das Netzwerk Sozialer Aargau die nachfolgenden Prinzipien und Forderungen:

1.) Alle im Aargau lebenden Menschen sollen ein menschenwürdiges, selbstbestimmtes Leben führen können. Wer dazu nicht in der Lage ist, wird angemessen unterstützt.

Das bedeutet konkret:

- Die Sozialhilfe wird nicht gekürzt, sondern periodisch der Teuerung angepasst.
- Für Familien werden Familienergänzungsleistungen eingeführt.
- Die Krankenkassenprämien werden so verbilligt, dass kein Haushalt mehr als 10% seines Einkommens für Krankenkassenprämien ausgeben muss.
- Die Ausbildungsstipendien werden erhöht.

2.) Die Chancengerechtigkeit wird aktiv gefördert.

Das bedeutet konkret:

- Der Bildungshintergrund der Eltern darf für den Schulerfolg der Kinder nicht massgebend sein.
- Die flächendeckende frühe Förderung von Kleinkindern aus eher bildungsfernen Familien erhöht die Chancengerechtigkeit beim Schuleintritt.
- Für alle Kinder ist eine familienergänzende Kinderbetreuung mit zeitgemässen Standards und sozialen Tarifen gewährleistet.

3.) Inklusion und Partizipation für alle Menschen im Aargau

Das bedeutet konkret:

- Die Gesellschaft ist für Menschen mit körperlichen, psychischen und kognitiven Beeinträchtigungen sensibilisiert. Barrieren aller Art sind beseitigt und so die Voraussetzungen für die Inklusion aller Menschen geschaffen.
- Zugewanderte werden in die Gesellschaft integriert. Die kantonalen und kommunalen Mittel für die sprachliche und berufliche Integration sind angemessen.
- Die politische Partizipation wird gefördert.

Erläuterungen zur Charta

Die „Charta für einen menschlichen und sozialen Aargau“ stellt keine utopischen Forderungen, sondern orientiert sich am aktuellen Sozialwesen vieler Kantone und Gemeinden in der Schweiz. Die unterzeichneten Organisationen wollen einen Aargau, der nicht nur wirtschaftlich prosperiert, sondern ebenso soziale Verantwortung für das Wohlergehen seiner Bevölkerung trägt. Aktuell ist dies nur eingeschränkt der Fall. Im Vergleich mit den meisten anderen Kantonen geben der Kanton Aargau und die Aargauer Gemeinden wenig Geld für das Sozialwesen aus.

Zu 1:

Die materielle Sozialhilfe garantiert heute ein Soziales Existenzminimum, das die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Ein bereits überwiesenes Postulat im Grossen Rat will die Sozialhilfe um 30% kürzen. Das hätte für die betroffenen Menschen verheerende Folgen. Rund ein Drittel der Sozialhilfeempfänger sind Kinder unter 18 Jahren. Diese würden am meisten darunter leiden.

Obwohl der Bund die Sozialhilfe für Asylsuchende und Vorläufig Aufgenommene abgibt, zahlt der Kanton Aargau für diese Zielgruppen von allen Kantonen am wenigsten Sozialhilfe aus und ist damit schweizweit das Schlusslicht.

Das Beantragen und Beziehen von Sozialhilfe ist oft stigmatisierend. Darum sollen Familien anstelle von Sozialhilfe Familienergänzungsleistungen beziehen können. Diese muss nicht zurückbezahlt werden und hat sich beispielsweise in den Kantonen Tessin, Genf, Waadt und Solothurn bewährt.

Die Krankenkassenprämienverbilligung wird grundsätzlich zu gleichen Teilen gemeinsam vom Bund und den Kantonen getragen. Dies ist im Aargau bei weitem nicht der Fall.

Das neue aargauische Stipendiengesetz legt fest, dass bei tertiären Ausbildungen nur noch 2/3 der Ausbildungsbeiträge als Stipendien ausbezahlt werden. Ein Drittel muss als Darlehen bezogen und später zurückbezahlt werden. Dies ist stossend, weil es Studierende aus sozio-ökonomisch benachteiligten Verhältnissen diskriminiert.

Zu 2:

Die Elternbildung ist im Aargau schwach ausgeprägt. Die Mütter- und Väterberatung legt den Schwerpunkt auf das Säuglingsalter. Danach ist das Angebot dünn. Insbesondere für eher bildungsferne Eltern fehlen flächendeckende Angebote.

Gute Kenntnisse der deutschen Sprache und ein altersgemässer kognitiver, motorischer und sozialer Entwicklungsstand des Kindes beim Schuleintritt sind massgebend für den späteren

Schulerfolg. Es ist darum zentral, dass gerade Kinder aus bildungsfernen Milieus in den ersten Jahren kostenloser Zugang zur frühen Förderung erfahren.

Das kürzlich verabschiedete Aargauer Kinderbetreuungs-Gesetz genügt nicht, weil die Gemeindeautonomie sehr hoch ist und jede Gemeinde selber über die Umsetzung entscheiden kann. Diese legt bezüglich familienergänzender Kinderbetreuung einerseits den Bedarf fest und entscheidet andererseits autonom, welche Angebote sie finanziert. Das Angebot ist entsprechend sehr unterschiedlich ausgestaltet. Hier müsste der Kanton zwingend flächendeckend zeitgemässe und qualitativ einheitliche Standards festlegen und diese regelmässig überprüfen.

Zu 3:

Das Konzept der Inklusion ist eine Gesellschaft, in der jeder Mensch akzeptiert wird und gleichberechtigt und selbstbestimmt an dieser teilhaben kann – unabhängig von Geschlecht, Alter oder Herkunft, von Religionszugehörigkeit oder Bildung, von eventuellen Behinderungen oder sonstigen individuellen Merkmalen. In der inklusiven Gesellschaft gibt es keine definierte Normalität, die jedes Mitglied dieser Gesellschaft anzustreben oder zu erfüllen hat. Normal ist allein die Tatsache, dass Unterschiede vorhanden sind. Aufgabe der Gesellschaft ist es, in allen Lebensbereichen Strukturen zu schaffen, die es den Mitgliedern dieser Gesellschaft ermöglichen, sich barrierefrei darin zu bewegen. Nicht das Individuum muss sich also an ein bestimmtes System anpassen, sondern das System muss umgekehrt die Bedürfnisse Aller berücksichtigen und sich gegebenenfalls anpassen.

Der Ruf nach rascher Integration von Zugezogenen ist laut. Allerdings hat der Kanton beim laufenden Kantonalen Integrationsprogramm KIP2 massiv Leistungen gestrichen und Millionen eingespart.

Über 90'000 Personen mit ausländischen Pass leben schon länger als 10 Jahre im Aargau/der Schweiz. Es ist darum wichtig, dass die Einbürgerung gefördert wird und diese Menschen auch politisch partizipieren können.